

Ausgabe 3.2007

klartext

Magazin der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

DIE LINKE.

SIE IST DA !

In Kürze |3**Titel**Stimmen zur neuen Partei
DIE LINKE |4

Ein Bild aus dem Zerrspiegel? |5

Themen

Ein neuer Landrat für Wittenberg |6

Bremen und die neue LINKE |7

In der Sackgasse – oder:
Mittel beherrschende Ziele |8

Eine schwere Geburt |10

Schäubles Salamtaktik |11

Gesetzlicher Mindestlohn ohne
Alternativen |12**Kultur**

Sein oder nicht sein |13

Kolumne

Links und frei |14

Satire

Abgeordneter v. Aktenrath |15

TermineGründung der LINKEN
in Sachsen-Anhalt |16**DIE LINKE ist da**

Wir haben es geschafft, die gesamtdeutsche LINKE ist gegründet. Hinter uns liegen die schwierigen Verhandlungen zweier vormals selbstständiger Parteien mit unterschiedlichen Herkünften. Das Ziel beider Parteien war die Verbesserung der Situation von sozial Schwachen, eine Positionierung zugunsten von Arbeitnehmern und Arbeitslosen, die Verteidigung sozialstaatlicher Standards, der Kampf für die Überwindung von Hartz IV. Über die Wege einer sozialen Politik, ihre Möglichkeiten in der heutigen Gesellschaft, die Rolle des Staates etc., darüber besteht allerdings nicht immer Einigkeit – und das nicht nur im Vergleich der ehemaligen Parteien. Wenn Lothar Bisky in Berlin auf dem Gründungsparteitag explizit vom Systemwechsel als Ziel der Politik der LINKEN gesprochen hat, dann war das weniger revolutionärer Pathos als vielmehr Standortbestimmung einer neuen Partei in der Bundesrepublik. Die Interessenvertretung sozial Schwacher, die gerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums oder das Ringen um mehr Demokratie wird innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft immer innerhalb sozialer Kämpfe stattfinden müssen. Die Selbstverständlichkeit einer global gerechten Welt lässt sich wohl erst mit einer anderen Verfasstheit von Gesell-

schaft durchsetzen. Deshalb muss im Programm der Partei DIE LINKE der demokratische Sozialismus als Ziel und Weg, als transformatorischer Prozess verankert sein. Gleichzeitig erwarte ich ein Programm, in dem sich die unterschiedlichen Erfahrungen der Mitglieder als neue Möglichkeiten von Protest und Politik der LINKEN wiederfinden.

Die Gründung der LINKEN kann das Parteiengefüge, die Mehrheitsbildung innerhalb und außerhalb der Parlamente nachhaltig verändern, DIE LINKE beeinflusst bereits jetzt Oppositions- und Regierungspolitik. Die Debatte um den Mindestlohn wäre ohne DIE LINKE und die Gewerkschaften nicht zum Topthema geworden. Vor uns liegen viele Aufgaben. Wir müssen einen echten Dialog zwischen den Genossinnen und Genossen führen, einen wirklichen Austausch mit den aus jeweiliger Sicht Dazugekommenen. Das betrifft ja nicht nur die Zusammenarbeit der West- und der Ostlandesverbände, sondern fast jeden Kreisverband. Nach der Phase mit unterschiedlichen Verhandlungspositionen im Vorfeld gilt es jetzt, gemeinsam zu arbeiten und Politik zu gestalten.

Ihr **Matthias Höhn**, Landesvorsitzender der LINKEN in Sachsen-Anhalt

Impressum**klartext****Magazin der LINKEN Sachsen-Anhalt
Herausgeber:**

Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Redaktion: Anke Lohmann (Leitung), Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Monika Krüger, Matthias Gärtner, Oliver Müller, Dr. Martin Reso, Joachim Spaeth**Druck:** Harzdruckerei, Wernigerode**Auflage:** 5.000 Exemplare**Preis:** Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19. Juni 2007. klartext erscheint einmal im Quartal. Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrer Kürzungen ausdrücklich vor. Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Anschrift: DIE LINKE. Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion klartext, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg Tel.: 0391 7324840, Fax: 0391 7324848, E-Mail: lgst@dielinke-lsa.de

Liebe Leserinnen und Leser,

am 16. Juni 2007 feierten in Berlin die Delegierten, Dutzende Neueintritte und zahlreiche, auch internationale Gäste, ihre Hoffnung auf Veränderung und ihre Zuversicht in die demokratischen Mittel einer Partei mit der Gründung der neuen LINKEN.

Es ist zäh verhandelt worden, und wie nach einer schwierigen Geburt scheinen die Wehen vergessen, mit glücklichem Blick auf das Resultat. Dabei wird das, was zäh verhandelt wurde, immer wieder eine Rolle in den Debatten in der LINKEN und den Diskussionen über sie spielen. Zwischen „Systemwechsel“ (Lothar Bisky) und Tagespolitik für die Belange der Menschen vor Ort liegen halt die Bewährungen einer sozialistischen Partei in dieser Zeit. An die LINKE werden hohe Erwartungen gestellt, nicht nur aus der Außenperspektive. Die Ostkompetenz, und das heißt ja die mas-

senhafte Vertretung von sozial und ökonomisch Benachteiligten, muss sich nun auch in der Tagespolitik in den Kommunen und Ländern in Ost- und West durchsetzen. Die Kritik und Erfahrung der alten und neuen Westgenossen birgt mehr Möglichkeiten von sozialen Kämpfen und der Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten. Dies alles mit der Utopie von einer anderen Gesellschaft zu verquicken, findet im Übrigen Potential in beiden Facetten der Herkunftsparteien und -geschichten.

Viel Spaß mit der neuen LINKEN wünschen
**Anke Lohmann
und die Redaktion KLARTEXT**

Neuer Parteivorstand gewählt

■ Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bundestag, bezeichnete in gewohntem Wortwitz die Gründung der gesamtdeutschen LINKEN als letzten Schritt der Wiedervereinigung. Die ersten wichtigen Schritte der am 16. Juni 2007 gegründeten LINKEN begleiten als Parteivorsitzende Lothar Bisky und Oskar Lafontaine. Bisky betonte in seiner Vorstellungsbildung an die Delegierten den Systemwechsel als Fernziel der Partei DIE LINKE und damit den programmatischen Schritt hin zum demokratischen Sozialismus, Oskar Lafontaine mahnte innerparteiliche Demokratie als Voraussetzung für glaubwürdige Politik an. Diese innerparteiliche

Mitbestimmung, die besonders in der Satzung hinsichtlich der Berücksichtigung der „kleineren“ Herkunftspartei geglückt ist, muss sich im nächsten Jahr an der Beteiligung von Frauen in der Basis und der Spitze der Partei wieder beweisen. Aus Sachsen-Anhalt wurden die Bildungspolitikerin und ehemalige Landesvorsitzende Rosemarie Hein gewählt, ebenso der Historiker und Bundestagsabgeordnete Jan Korte, der noch einmal auf die Notwendigkeit einer linken Perspektive in den Geschichtsdebatten der BRD verwies. Beide waren bereits Mitglieder im Parteivorstand der Linkspartei.PDS. Mitglied des Parteivorstandes der neuen

LINKEN ist ebenfalls seit dem 16. Juni Matthias Höhn, der Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen-Anhalt. Ihm gelang der Sprung in das wichtige Gremium mit dem Verweis auf die Erfahrungen und die Arbeit der Linkspartei.PDS im Osten in den vergangenen 17 Jahren. Die Kompetenzen einer Volkspartei müssen für den Westen Deutschland weiterentwickelt und für die spezifische Situation im Osten verteidigt werden.

Informationen zu den allen 44 Frauen und Männern im neuen Vorstand finden sich unter www.die-linke.de.

Sachsen-Anhalt in Berlin - die Bundestagsrubrik

Berlin ist geographisch nicht weit entfernt, die Geschehnisse im Bundestag erscheinen dagegen oft wie aus einer anderen Galaxie. Für den klaren Bericht berichten Abgeordnete und Mitarbeiter der LINKEN von den Debatten und Entscheidungen im 16. Deutschen Bundestag – und den Konsequenzen für die Menschen in Sachsen-Anhalt.

Keine Großforschungseinrichtung für Halle-Leipzig

■ Zuweilen wird bei der Arbeit im Bundestag sehr deutlich, wie wichtig die direkte Aussprache der Abgeordneten mit der Bundesregierung im Fachausschuss des Bundestages ist – im kleinen Kreise sozusagen. So auch Ende März im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung als es um das für Ostdeutschland geplante Biomasseforschungszentrum ging. Alle Fraktionen gingen bislang davon aus, dass dies jene Großforschungseinrichtung sein wird, die Schwarz-Rot in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt hat. Der Ausbau von Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern wird darin als zentrales Scharnier für den „Aufbau Ost“ bewertet. So hatten CDU und SPD versprochen: „Bei der Errichtung neuer Großforschungseinrichtungen sollen die neuen Länder angemessen berücksichtigt werden“.

Das Biomassezentrum selbst ist für den Standort Halle-Leipzig im Gespräch. Hier verspricht die geographische Nähe zwischen dem Institut für Energetik und Umwelt in Leipzig sowie dem Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung im sachsen-anhaltinischen Gatersleben eine fruchtbare Zusammenarbeit. Auch die Martin-Luther-Universität in Halle soll mit angebunden werden. In einem Nebensatz merkte aber der zustän-

dige Staatssekretär im Ausschuss an, dass das Biomassezentrum gar nicht als Großforschungseinrichtung geplant sei. An mehr als ein paar Millionen Euro Projektmittel hat die Bundesregierung demnach nicht gedacht. Das aber ist aus unserer Sicht keine Basis für eine zugkräftige Forschungseinrichtung, die ostdeutsche Regionen attraktiv für gute Wissenschaftler machen und als Ausgangspunkt für die Ansiedlung weiterer mittelständischer Betriebe mit angewandter Forschung dienen kann. Auf unsere Nachfrage hin stellte sich zudem heraus, dass die Koalition in dieser Wahlperiode überhaupt keine Großforschungseinrichtung mehr im Osten plant. Der „Aufbau Ost“ ist also mal wieder gut für schön klingende Papiere, die keine Umsetzung in der Wirklichkeit finden. In einem Antrag an den Bundestag fordern wir nun die „Errichtung einer Großforschungseinrichtung in den neuen Ländern“. Jetzt müssen SPD und CDU direkt Stellung beziehen, weshalb sie die Koalitionsvereinbarung bislang nicht umgesetzt haben und wie sie gedenken, zukunftsweisende Forschung und Entwicklung in ostdeutsche Länder zu tragen.

Johanna Maiwald,

Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundestagsbüro von Dr. Petra Sitte



Stimmen zur neuen Partei

DIE LINKE

„Ich erwarte von der Partei DIE LINKE...“

„... dass sie sich in ganz Deutschland zu einer linken Volkspartei entwickelt in deren Fokus die reale Lebenssituation der Menschen steht.“

(Wulf Gallert, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Sachsen-Anhalt)

„... eine hohe Attraktivität und Ausstrahlung auf soziale Initiativgruppen, in Bezug auf Neumitglieder und noch mehr gemeinsame Aktionen. Ich erwarte, dass sich die neue Partei deutlich für eine globale Gerechtigkeit stark macht und ganz klar, antirassistische, gewaltfreie, ökologische, soziale und basisdemokratische Politik vertritt. Vor allem müssen wir authentisch sein, um für die Menschen glaubhaft zu sein.“

(Veit Kuhr)

„... dass sie weiterhin Augen und Ohren FÜR SCHWACHE, politisch Ausgegrenzte, d.h. für Betroffene offen hält. Das heißt für mich, dass die neue Linke ihre Unterstützung und Hilfe weiterhin aktiv, unkompliziert vor Ort anbietet!“

(Sandra Zwirnmann)

“... Als Mitglied sehe ich als Ziele, besonders dem Rechtsradikalismus entgegen zu wirken, für einen Alltag in Frieden und Sicherheit für uns alle ...”

(Thomas Lippelt, Neumitglied)



„... Ich möchte nicht mit 67 Jahren in die Rente, meine Kinder sollen in Frieden und Wohlstand leben und arbeiten, mein Enkelkind soll in einer Gesellschaft aufwachsen, wo ihr Lächeln erhalten bleibt...“

(Bärbel Horig, KV Bitterfeld)

„... im Westen eine Volkspartei zu werden, wie sie es im Osten ist. Im Westen Mitglieder dazuzugewinnen, ohne im Osten Mitglieder zu verlieren. Alles dafür zu tun, dass Politik in erster Linie für die Menschen da ist, dann erst für die Wirt-

schaft, sozial gerecht, modern, zukunftsweisend zu sein.“

(Roland Teichmann)

„... dass der demokratische Sozialismus als Selbstverständlichkeit und Ziel im neuen Programm anerkannt wird. Ich erwarte, dass die LINKE ihre Kraft nicht in internen Streitigkeiten verschwendet.“

(Sandra Heiß, KV Merseburg-Querfurt)

„... Engagement für ein kinder- und familienfreundliches gesellschaftliches Klima!“

(Eva von Angern, SV Magdeburg)



Ein Bild aus dem Zerrspiegel?

Mediale Reflexionen zur Gründung der Partei DIE LINKE

■ Die einschlägigen Suchmaschinen quellen geradezu über: Meldungen, Kommentare, Analysen, Prognosen – alles mit Blick auf DIE LINKE. So ist es folgerichtig, dass hier nur ein kleiner Ausschnitt beleuchtet werden kann, keine Analyse der Medien, eher Eindrücke, Momentaufnahmen. Und damit es „politisch korrekt“ zugeht, werden die Quellen alphabetisch betrachtet, nicht nach der Häufung der Meldungen.

So konstatiert die **Baseler Zeitung**: Linker Flügel spricht künftig mit einer Stimme. Die Linke wolle Deutschland zu einem Staat des demokratischen Sozialismus machen. Ein solches politisches System entspreche dem Grundgesetz viel mehr als der Kapitalismus, sagte Gysi.

Die **Berliner Morgenpost** warnt: Achtung, unterschätzte Gefahr von links! Wenn die SPD darauf weiter mit Ignoranz reagiere, drohe ihr die Spaltung.

In der **Berliner Umschau** liest es sich so: Jetzt braucht es Populismus – Die Linke hat Erfolgchancen, jedoch keine Garantien.

Auch die **Berliner Zeitung** sieht Bedrohliches: Linke wollen auch Grünen Konkurrenz machen.

BILD bleibt sich treu: Wiederaufstieg eines linken Typen / Lafontaine will die SPD schlucken! Und fragt: Wie gefährlich ist die neue Linkspartei?

Der Spiegel dazu: Beckstein nimmt neue Linke ins Visier. Und auch das darf nicht fehlen: Kampfansage an die Sozialdemokraten: Die neue Linke gibt sich auf ihrem Gründungsparteitag als die bessere SPD.

Der Standard aus Österreich titelt: Historische Fusion – Lafontaine sagt der SPD den Kampf an.

Der **Tagesspiegel** lässt nach vorne blicken: Stoiber warnt vor neuer Linken, Struck vor Neuaufgabe der großen Koalition. CSU-Chef Edmund Stoiber hat vor „dramatischen Veränderungen“ der Parteienlandschaft durch die neugegründete Linke gewarnt. Das Erstarken der Linkspartei und der damit einhergehende

Stammwählerverlust der SPD sei auch ein „ernstes Warnzeichen“ für die Union.

Die Welt geradezu lyrisch: Sag beim Abschied leise „PDS“ / Rote Ballons zum Geburtstag einer neuen Partei. Dazu eine Prophezeiung: Rot-Rot ist nur noch eine Frage der Zeit.

Anders **Die Zeit**: Quicklebendige Leiche, so der Balken, dazu dann: Es ist vollbracht: Bisky, Gysi und Lafontaine schmieden die neue Linke. Die Gründung ist eine Kopfgeburt. Aber mit der neuen Partei wird zu rechnen sein. Das bundesdeutsche Parteiensystem verändert sich.

Der **Express** kurz und bündig: Oskar schreckt alle auf.

Die **FAZ** erlebt es so: Der „zweite Aufbruch“ der PDS / Fliegender Start mit Tonnenlast.

Nachdenklich die **Financial Times**: Ein Positives hat Die Linke: Die Partei sammelt Menschen, die sich sonst aus unserer Demokratie verabschieden würden.

Im **focus** ist die Lage übersichtlich: Auf erstanden aus Ruinen / Mit alten Socken auf zu neuen Ufern / Die neue SED. Frustrierte Sozis, Gewerkschafter und naive Intellektuelle sammeln sich in der Linken. Der Freudentaumel der Linken über ihre Vereinigung kann die Gräben zwischen Ost und West in der Partei nicht verdecken.

Für die **Frankfurter Rundschau** ist klar: Raus aus der Regional-Liga Ost. Und sie erkennt: Die Stunde des Linksauslegers – Oskar Lafontaine hat Die Linke ermöglicht – manche fragen sich, wohin er sie führt. Die **Freie Presse** hielt dies für wichtig: Stoiber warnt vor dramatischer Veränderung durch neue Linke – CSU-Chef nennt Lafontaine „gefährlichen Demagogen“.

Für die **Heidenheimer Zeitung** ist klar: „Die Linke“ trumpft mit Oskar auf. Die **Junge Welt** schwärmt von Freibier und Sozialismus, die **Märkische Allgemeine** redet Klartext: Neue Linke setzt auf Linksruck.

Für die **Neue Züricher Zeitung** heißt es: Deutschlands konservative Linke, die **Rote Fahne** meint: Neue linksreformistische Partei „Die Linke“ in Berlin gegründet.



Eher frontal geht die **Süddeutsche Zeitung** mit dem Ereignis um: Festspiele der Unglaubwürdigkeit / Vom Wunsch, das Original zu sein / Im Bund der Niemalszufriedenen.

Für die **taz** ist es ein Abschied ohne Aufputschmittel. Und klar ist auch dies: Die Linken sind die führende Opposition, nicht mehr die Grünen.

Die **Westdeutsche Allgemeine** schließlich erkennt unumwunden: Einschnitt im System.

Nein, ein Bild aus dem Zerrspiegel ist das nicht, wiewohl es manche Verzerrung gibt, liest man die Texte zu den Überschriften. Fakt ist: DIE LINKE wird ernst genommen, für die einen eher als Bedrohung, für andere eher als Chance. Die Medien können und wollen nicht vorbei an der neuen Linken, gut so. Wichtiger noch: So muss es bleiben – mit Politik, mit Leben in der Gesellschaft, aus dem Veränderung erwächst.

| Dr. Thomas Drzisga

Ein neuer Landrat für Wittenberg

Jürgen Dannenberg im Portrait

Am 6. Mai dieses Jahres setzte sich der 55jährige Linkspartei-Politiker Jürgen Dannenberg überraschend deutlich mit gut 54 Prozent der Stimmen gegen den Mitbewerber von der CDU in der Stichwahl durch und ist somit bundesweit der dritte Landrat mit einem Parteibuch der Linkspartei. Im ersten Wahlgang lag er noch mit 6 Prozentpunkten hinter seinem Konkurrenten von der Union. Ab Juli dieses Jahres ist er somit Verwaltungschef des Landkreises Wittenberg, in dem nach vollzogener Kreisgebietsreform etwas mehr als 150.000 Menschen leben werden. Für viele kam dieser Erfolg überraschend. Wer allerdings Dannenberg in den letzten 15 Jahren begleitet und beobachtet hat, weiß, dass der Erfolg nicht zufällig eingetreten ist.

BIOGRAPHISCHES:

- geboren am 11. 6. 1952 in Torgau
- Abitur
- Diplom-Gesellschaftswissenschaftler
- 1987 – 1988 Mitarbeiter der SED-Bezirksleitung Cottbus
- 1988 – 1989 Sekretär für Landwirtschaft der SED-Kreisleitung Jessen
- bis 2007 Regionalmitarbeiter der Linkspartei.PDS-Sachsen-Anhalt

PERSÖNLICHES:

Lieblingsbuch

historische Bücher

Lieblingsdichter

Juri Bresan

Lieblingsmusik

Rock/Pop

Lieblingsort

in der Sonne

Lieblingfilm

Spur der Steine

Lieblingsschauspieler

Robert Atzorn

Lieblingskneipe

Griechisches Restaurant

Seit 17 Jahren wirkt er als Kreistagsabgeordneter, erst im Landkreis Jessen und ab 1994 im Kreistag Wittenberg. Davon war der im kleinen Dorf Lebien lebende Dannenberg allein 14 Jahre Vorsitzender des Gesundheits- und Sozialausschusses. Beharrlich mühte er sich darum, dass das soziale Gefüge des Landkreises nicht völlig aus den Fugen gerät. Als Partner von sozialen Vereinen kämpfte er um jede Mark bzw. um jeden Euro öffentliche Unterstützung. Aber auch viele Empfänger von Hartz IV oder von Sozialhilfe wandten sich bei Fragen und Problemen direkt an den Kreistagsabgeordneten. Er hatte und hat im wahrsten Sinne des Wortes sein Ohr an der Basis und brachte seine Erfahrungen in aktuelle politische Auseinandersetzungen ein. Diese offene und ehrliche Art war letztlich ausschlaggebend für seinen Erfolg. Viel Zeit zum Genießen des Erfolges bleibt dem frisch gewählten Landrat allerdings nicht. Wirft man nur einen vorsichtigen Blick auf die Eckdaten des Haushalt des Landkreises Wittenberg bleibt nur ein Fazit: Der Kreis ist pleite. Allein im Jahr 2007 klappt im Verwaltungshaushalt eine Lücke von über 18 Millionen Euro. Noch nicht eingerechnet ist dabei das Minus, welches anteilig aus dem Kreis Anhalt-Zerbst hinzukommt.

Einmal mehr stimmt somit die Aussage von Gregor Gysi, der bereits vor Jahren die These vertrat, dass Linke oftmals dann gewählt werden, wenn die öffentlichen Kassen leer sind. Trotz alledem dürfe man sich dann nicht vor der Übernahme von Verantwortung drücken, so Gysi damals. Und das will Jürgen Dannenberg in keinem Fall tun. Bereits jetzt hat er konkrete Vorstellungen, um den Landkreis wieder handlungsfähig zu machen. Aus seiner Sicht ist das Wichtigste, um den Landkreis am Leben zu erhalten, die Frage der Haushaltskonsolidierung. Er bleibt allerdings bei seiner Aussage vor der Wahl: Das darf nicht auf Kosten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden geschehen. Eine bis zum Jahr 2013 ge-



plante Erhöhung der Kreisumlage auf 70 Prozent der Zuweisungen ist mit ihm nicht machbar. Einsparpotentiale sieht er im Rahmen der Umsetzung der Gebietsreform. Aber auch eine Reduzierung von Personalkosten ist für ihn kein Tabuthema. Hierzu müsse allerdings erst einmal ein Personalentwicklungskonzept auf den Tisch. Auf die Frage, dass gerade in diesen Punkten Konflikte mit der eigenen Partei zu erwarten sind, betont Dannenberg, dass er Landrat für die Einwohner des Landkreises Wittenberg ist. Unbedingt will er aber seine Fraktion im Kreistag auf dem Wege der Entscheidungsfindung mitnehmen. Dannenberg: „Wir sind es gewöhnt, in der Linkspartei nie zu allen Problemen einen Konsens zu haben, den muss man sich erstreiten.“ Seinen Stil einer bürgernahen Politik will er auf keinem Fall ändern. Neben dem Führen einer Verwaltung will er auch weiterhin für die Menschen da sein, sich ihre Sorgen und Nöte anhören, um gemeinsam mit ihnen nach Lösungen suchen. Dass das nicht leicht wird, weiß er am Besten, denn neben der Stärke große Kompromissbereitschaft an den Tag zu legen, hat er nach eigener Aussage eine große Schwäche: „Ich kann das Wort ‘Nein’ schwer aussprechen.“

| Matthias Gärtner

Bremen und die neue LINKE

Am 13. Mai hat sich eine große Hoffnung erfüllt: Mit 8,4 Prozent der Stimmen und 7 Sitzen ist die Linkspartei.PDS in die Bremer Bürgerschaft gewählt worden. Damit ist der Partei erstmals in ihrer Geschichte der Einzug in ein westdeutsches Landesparlament gelungen.

■ Nun kann man natürlich sofort sehr skeptisch sein und vor einer Überbewertung dieses Ergebnisses warnen. Die Konkurrenten der Linken tun das bereits nach Kräften – und zwar vor allem mit dem Hinweis darauf, dass Bremen nur ein kleiner Stadtstaat und somit nicht als repräsentativ anzusehen sei. Aber in welchem eigenartigem Kontrast steht eine solche Argumentation zu der Realität, dass die SPD als Gewinnerin dieser Wahl eine Koalition mit den Grünen eingeht und dies ausdrücklich als Signal für ihre Bereitschaft verstanden wissen will, sich auch im Bund aus der Koalition mit der CDU/CSU zu lösen! Im ersten Falle ist das Stadtstaat-Ergebnis unwichtig, im zweiten aber von richtungweisender Bedeutung? Solch hilflose Unlogik verstehe, wer will. Und sie soll ja auch nur die große Verunsicherung bemänteln, die vom Bremer Wahlergebnis nun tatsächlich ausgeht. Und zwar nicht nur vom Einzug der Linkspartei.PDS in die Bürgerschaft schlechthin, sondern vor allem von der beachtlichen Solidität dieses Erfolgs. Bei 5,1 Prozent der Wählerstimmen hätte man die Dinge ja noch herunterreden und von Eintagsfliegen reden können, aber nicht bei 8,4 Prozent! Das ist ein erheblicher Unterschied! Zumal, wenn man die Ergebnisse bei vorherigen Bürgerschaftswahlen Revue passieren lässt – was mir nach 12 Jahren des Engagements in diesen Wahlkämpfen eine besondere Freude ist: 1995 waren es für die PDS 2,4 Prozent, 1999 2,9 Prozent und 2003 ganz und gar nur 1,9 Prozent. Und nun also 8,4. Und diese 8,4 stehen plötzlich auch gar nicht so alleine da. Aus Hamburg vermeldet eine Umfrage im Mai 6 Prozent für die Linkspartei – damit ist erstmals die 5-Pro-

zent-Hürde überschritten. Aus dem Saarland wird im gleichen Monat eine Rekord-Zustimmung für die Linke in Höhe von 13 Prozent gemeldet, und in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Hessen registriert man stabile 4 Prozent. Zugleich gibt es auch im Osten ein Zustimmungshoch: In Thüringen ergibt eine Umfrage im Mai 27 Prozent, in Sachsen-Anhalt im April 25 Prozent, und in Berlin ist die Partei nach monatelang deutlich niedrigeren Werten wieder bei 15 Prozent angelangt. Dies alles sagt unmissverständlich: Die Fusion aus Linkspartei.PDS und WASG zur LINKEN wird in der Bevölkerung in ganz Deutschland geschätzt; es verbinden sich mit ihr viele Erwartungen; die Menschen spüren, dass der Vorschuss, den sie der neuen Partei bei den Bundestagswahlen 2005 mit 8,7 Prozent gegeben haben, nicht umsonst gewesen ist.

Nun gehört zum Vokabular der Kleinredner solcher Erfolge oft auch der Satz, die Linke profitiere ja nur von den Lücken, die die SPD hinterlasse. Nun gut, jede Partei besetzt Räume der Interessenvertretung, die andere nicht besetzt haben – das macht ihre Existenzberechtigung ja überhaupt erst aus. Aber was heißt denn im Zusammenhang mit der Linken „nur“? Es sind ja ganz wesentliche Elemente sozialdemokratischer Politik, die die SPD in den vergangenen Jahren über Bord geworfen hat. Sie hat von unten nach oben verteilt anstatt umgekehrt, sie hat das Friedensgebot der Nachkriegszeit gekippt und Deutschland wieder zu einem kriegsführenden Land gemacht, und sie hat mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen für Millionen Menschen Armut und Ausgrenzung zur lang andauernden Realität gemacht.

Damit haben sich in der Tat für die Linke Räume aufgetan, die sie ausfüllen kann – und muss! Die Frage ist aber nicht, ob sie das darf oder ob das irgendwie anrühlich ist, sondern die Frage ist, warum die SPD sie überhaupt freigegeben hat, diese Räume, und welche Konsequenzen das für die Gesellschaft hat.

Wir, die Linken, wollen diese von der SPD verlassenen Räume ausfüllen – mit einer Politik der Umverteilung von oben nach unten, einer konsequenten Friedenspolitik und der Überwindung von Hartz IV –, und wir wollen zugleich neue Räume öffnen für sozial verträglichen Umweltschutz und umweltverträgliche Technologien, für eine tatsächliche Chancengleichheit in der Bildung und vieles andere mehr. Und wir wollen das auf eine Weise tun, die hilft, wieder mehr Lust an demokratischer Teilhabe zu gewinnen. Denn das ist doch eine der bedrohlichsten Folgen der Regierungspolitik der vergangenen Jahre: dass immer mehr Menschen das Gefühl haben, mit Wahlen ja doch nichts beeinflussen zu können. Dies alles in Betracht gezogen, ist das Wahlergebnis von Bremen ein die Linke außerordentlich ermutigendes Ergebnis, denn es zeigt: Unser Anliegen wird verstanden.

Und schon die ersten Wochen, die seit dem 13. Mai vergangen sind, zeigen auch noch ein Weiteres: Sozialistische Opposition ist nicht, wie das von den Regierenden gern kolportiert wird, „verantwortungslos“, sondern sie wird ihrer Verantwortung, die Regierenden zu kontrollieren und unter Druck zu setzen, gerecht. Die Debatten innerhalb der SPD über den Mindestlohn gewinnen dank der Linken eine neue Qualität. Die Forderung der Linkspartei nach Abzug der deutschen Soldaten aus Afghanistan gewinnt an Gewicht – und mit ihr auch die Debatte über den Sinn des „Krieges gegen den Terror“ überhaupt. Und dass die SPD wieder stärker über ihr eigenes Profil nachdenkt – auch das ist ein Resultat des Erstarkens der Linken. Grund zum Ausruhen? Natürlich nicht. Mit Bremen haben wir einen Ruck erlebt. Nun muss daraus ein stabiler Erfolg werden.



Roland Claus, aktiv in den vergangenen Bremer Wahlkämpfen, ist Mitglied der Fraktion DIE LINKE. im 16. Deutschen Bundestag.

In der Sackgasse — oder: Mittel beherrschen Ziele

■ Eine gescheiterte Strategie

Die Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten in Rostock haben die Diskussionen zur Rolle von physischer Gewalt in den politischen Auseinandersetzungen wieder aktuell werden lassen. Auf den ersten Vorbereitungstreffen zu dieser Demonstration spielte diese Frage bereits untergründig eine Rolle, ohne sie ernsthaft zu diskutieren. Bestimmend blieb im gesamten Prozess der Vorbereitung die gebilligte Unterschiedlichkeit der Haltung zur Frage der Gewalt als Mittel des Protestes. Der Protest gegen den G8-Gipfel sollte nicht durch eine harte Debatte unter den G8-KritikerInnen selbst in Frage gestellt werden. Im Mittelpunkt sollte die gemeinsame Kritik stehen, in welcher Form auch immer. Dieses Herangehen ist in Rostock gescheitert.

Am 2. Juni dieses Jahres haben in Rostock die auf Gewalt setzenden Gruppen den anderen Gruppen und der großen Mehrheit der Demonstrantinnen und Demonstranten ihre Logik aufgezwungen und erreicht, dass nicht mehr die Globalisierungskritik, sondern die von wenigen ausgeübte Gewalt das Bild der Gegenaktivitäten prägte. Die Globalisierungskritik der Mehrheit ging in den Rauchschwaden brennender Autos, dem Steinewerfen einer Minderheit und den Wasserwerfern der Polizei unter, so dass Kritik und Protest von der Öffentlichkeit als Zerstörung und Gewalt wahrgenommen und mit ihr gleichgesetzt wurde.

Nachdem in den vergangenen Wochen durch das Handeln der Polizei und anderer staatlicher Stellen deutlich wurde, dass von dieser Seite Bereitschaft besteht, Proteste mit repressiven Mitteln zu unterdrücken oder in ihrer Legitimität in Frage zu stellen, befand sich die globalisierungskritische Bewegung eigentlich in einer günstigen Situation, um ihre Botschaft für eine andere Welt wirksam öffentlich zu vermitteln.

Die bereits seit Wochen laufende polizeiliche Vorbereitung schuf eine Atmosphä-

re, in der sich der Staat als gewalttätiger Akteur der Durchsetzung einer ungerechten Globalisierung präsentierte. Die extensive Auslegung des Paragraphen 129a des Strafgesetzbuches stellte de facto jedes Denken außerhalb des Mainstreams unter den Generalverdacht des Terrorismus. So legt der erwähnte Paragraf nahe, dass physische Gewalt gegen Personen gleichgesetzt wird mit Formen des gewaltlosen Widerstandes wie Sitzblockaden. An der öffentlichen Wahrnehmung gewalttätige Aktionen, die sich gegen Autos oder Gebäude richtete. Dies waren Aktionen, die durch die Bewegung letztlich auch nicht beeinflussbar waren.

Die globalisierungskritische Bewegung für Gerechtigkeit und Demokratie ist nun mit zwei Problemen konfrontiert: erstens damit, dass das Anliegen des Protestes hinter die Gewalt zurücktritt oder mit ihr gleichgesetzt wird, zweitens damit, dass ein Teil der Bewegung den anderen ungemindert instrumentalisiert werden konnte. Die Toleranz wurde zu einem Nebeneinander, das dazu ausgenutzt wurde, Strategien durchzusetzen, die durch keinen Konsens gedeckt waren. Die in der frühen Phase unausgesprochene Vereinbarung gegenseitiger Achtung der Verschiedenheit erwies sich als Schein, als Illusion. Der Versuch, durch das Ausklammern der Frage der Formen von Protest eine größere Bereitschaft und Akzeptanz zu gewinnen, war falsch.

Das Weltsozialforum und die Frage der Gewalt

Formen und Inhalte stehen nie nebeneinander – sie beeinflussen sich immer gegenseitig. Weder können beliebige Inhalte in eine Form gegossen werden, noch können gleiche Inhalte in beliebige Formen gebracht werden. Die Art, wie Protest artikuliert wird, bestimmt, wie Protest von anderen bewertet wird, welche Möglichkeiten politischen Handelns sich ergeben, wie sich Akteure „danach“

verhalten bzw. verhalten können, wie die Glaubwürdigkeit von bekundeten politischen Zielen eingeschätzt wird. Es ist auch eine Frage, ob eine Bewegung sich als souverän gegenüber Provokationen ihrer Sache sicher erweist, oder ob sie sich von der Logik solcher Provokationen beherrschen lässt. Und die Sicherheitspolitik im Umfeld des G8-Gipfels ist zweifelsfrei eine Provokation, genauso wie eine massive Polizeipräsenz.

Diese Mechanismen sind bekannt – ein solches Polizeiaufgebot, das zudem von langer Hand öffentlich vorbereitet war, macht auch die Polizisten anfällig und unberechenbar. Einsätze dieser Art sind nicht nur Gewalt des Staates gegen die Demonstranten, sondern auch gegen die Polizisten. Eine souveräne Bewegung stellt dies in Rechnung.

Die neue globalisierungskritische Bewegung hat sich immer wieder mit der Frage der Gewalt auseinandergesetzt. Aber sie hat sich nie mit den unterschiedlichen Logiken von Anti-Gipfel-Protesten einerseits und Weltsozialforen andererseits auseinandergesetzt. Man versuchte, die Einheit ausschließlich über die gemeinsamen Forderungen des Gipfelprotestes herzustellen, ohne die Frage der Formen ernsthaft zu diskutieren.

Das Plakat, das zur Rostocker Demonstration aufrief, proklamierte: „Ein anderer Protest ist möglich!“ Damit hatten die Organisatoren der Demonstration sich implizit den Prinzipien des Weltsozialforums unterworfen. In Artikel 13 der Charta des WSF heißt es, dass es „die Fähigkeiten zum gewaltfreien (!!! – LB/MB) sozialen Widerstand gegen den Prozess der Entmenschlichung ... und gegen die vom Staat ausgeübte Gewalt“ verstärken will. Das Weltsozialforum ging so weit, neben „Repräsentanten von Parteien“ auch die von „militärischen Organisationen“ auszuschießen.

Wer sich einerseits auf das WSF beruft, muss sich andererseits fragen, inwieweit er den Geist des WSF respektiert. Demonstrationen wie auch die Gipfelproteste folgen einer anderen Logik als die Sozialforen, die ein „offener Treffpunkt für reflektierendes Denken, demokratische Debatten ..., freien Austausch“ sind. Demonstrationen stellen eine direkte Willensbekundung dar und sollten im Geiste des WSF zugleich durch die Kultur und den Respekt im Umgang miteinander und auch mit anderen geprägt sein.

Was aber ist das Ziel dieser Willensbekundungen – ist es die Freisetzung physischer Gegengewalt gegen die Staatsgewalt



oder aber der Kampf um die Öffentlichkeit, um Hegemonie in der Gesellschaft? Welche Mittel sind welchem Ziel adäquat und welche schließen die Erreichung welcher Ziele direkt aus? Ist der „schwarze Block“ der legitime „bewaffnete Flügel“ der globalisierungskritischen Bewegung oder aber werden durch seine Gewalt die Ziele dieser Bewegungen direkt ad absurdum geführt?

Eine konkrete Diskussion ist überfällig, Entscheidungen müssen getroffen werden – als Tendenz und für jede konkrete Demonstration. Das Prinzip eines „überwältigenden Konsenses“ muss durchgesetzt werden, Grenzen sind zu ziehen, oder aber gemeinsames Handeln ist nicht länger möglich.

Gewalt heute

Sehen wir uns die Gewalt näher an. Im gegebenen deutschen Kontext wird die Gewalt gegen die Polizei nicht als Angriff auf den Staat, schon gar nicht gegen die G8 wahrgenommen. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen von Jahrzehnten der Auseinandersetzungen hat sich erwiesen, dass diese Art von Gewalt gegen „Angestellte der Staatsmacht“ diese Staatsmacht eher legitimiert denn delegitimiert. Es ist und bleibt schließlich Gewalt gegen Menschen. Wo liegt der Unterschied zu dem, wogegen demonstriert wird? In den Polizisten finden politische Gewalttäter einen Sündenbock. Sie ins-

trumentalisieren Menschen, die sie Steinen, Feuerwerkskörpern, der Verfolgung und Gewalt aussetzen. Der Respekt vor dem Menschsein der Anderen ist verloren gegangen.

Die globalisierungskritischen Bewegungen kämpfen vor allem um die Wortführerschaft in der Öffentlichkeit, um auf diese Weise die Grundlagen für das Handeln der Herrschenden zu verändern. Es geht darum, diesen die Legitimität abzuspüren und sie so zu schwächen. Es geht auch darum, die Berechtigung alternativer Anliegen in der Gesellschaft weit zu verankern. Gemessen an der politisch-staatlichen und ökonomischen Macht handeln die globalisierungskritischen Bewegungen aus der Unterlegenheit. Aber sie sehen sich in ihrer Forderung für eine andere, friedlichere, gerechte und menschenwürdige Welt den Herrschenden moralisch und geistig überlegen. Diesem hohen Anspruch müssen sie in der Praxis gerecht werden.

Die von Teilen der Demonstranten (dieses Mal ist die männliche Sprachform sehr berechtigt) ausgeübte Gewalt läuft der Erreichung dieses Ziel der moralisch-geistigen Überlegenheit direkt zuwider. Sie hat die Wortführerschaft von Angela Merkel nicht verringert, sondern im Gegenteil erhöht. In der Mehrheit der Bevölkerung konnte sich die Bundeskanzlerin in ihrer Rolle als wirksame Verfechterin des Kampfes gegen Armut in Afrika und für

Klimaschutz (auch in Auseinandersetzung mit den USA) sowie der politischen Mäßigung profilieren.

In Rostock hat eine kleine Minderheit von gewaltausübenden Gruppen das Anliegen der großen Mehrheit bewusst bekämpft. Hauptgegner dieser Minderheit war nicht die Staatsgewalt, deren Mauerbau, deren buchstäbliche Schnüffelei sie im Nachhinein legitimiert haben. Der schwarze Block hat in Rostock vor allem ein Anliegen erfolgreich bekämpft – den legitimen und wirkungsvollen Demonstrationszug der Gewaltlosen. Die falsche Toleranz im Vorfeld und die fehlende offensive Vorbereitung auf diese Gewalt durch die Organisatoren der Demonstration hat diesen Sieg der Unvernunft und Inhumanität möglich gemacht.

Ein anderer Protest ist dringend nötig!

Vor dem Hintergrund historischer Erfahrung und der heutigen Dimension globaler Probleme muss über eine neue Philosophie der Gewaltlosigkeit diskutiert werden. Erstens muss jenseits naiver Duldung gegensätzlicher Ziele und Mittel diskutiert werden, welche Formen des Protests und Widerstands unter dem Gesichtspunkt der Zwecke der globalen Bewegungen für eine gerechte Welt legitim und wirkungsvoll sind. Zweitens muss aufgezeigt werden, dass Organisationen, die zur Gewalt greifen, oft erst selbst durch die Gewalt ihre Identität gewinnen. Und die Gefahr besteht, dass Gewalt zum beherrschenden Selbstzweck wird. Drittens stellt sich immer die Frage, wie man menschliches Leben, d.h. ausdrücklich auch die körperliche Unversehrtheit der Anderen, in politischen Auseinandersetzungen bewertet. Dies ist nicht nur eine ethische Frage, sondern auch eine Frage, wie physische Gewalt die Gewaltausübenden verändert. Was bedeutet für eine Gruppierung, die auf physische Gewalt setzt, solidarische Gesellschaft? Wo setzt sie die Grenzen der Solidarität? Welche Sanktionen für Andersdenken und Andersverhalten setzt dieses Konzept? Welcher Raum bleibt für Diskussion, für personelle Veränderung auf der Führungsebene usw.? Was bedeutet Toleranz als Fähigkeit zur Selbstveränderung? Offensichtlich ist Zeit für einen Bruch. Let's make it real.

Der Text von **Lutz Brangsch** und **Michael Brie** ist erschienen in der Reihe *standpunkte* der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wir danken für die Genehmigung zum Abdruck im klartext.

Eine schwere Geburt

Es ist ein Jugendverband, ist 8.000 Mitglieder schwer und heißt Linksjugend [‘solid]

■ Anlässlich der Parteineubildung hat es seit einem guten Jahr auch Bewegung im Jugendbereich der neuen Linken gegeben. Am Himmelfahrtswochenende wurde in Berlin der Jugendverband der LINKEN Linksjugend [‘solid] gegründet.

Der Gründungskongress endete mit einigen rucksackbepackten Delegierten auf der Karl-Marx-Allee vor dem ehemaligen Kino Kosmos. Die Sitzung war nicht ordentlich geschlossen worden, kein Schlusswort war gehalten. War die Gründung gescheitert? Zum Glück nicht! Denn obwohl es am Wochenende hoch herging und die Neugründung mehr als ein Mal auf wackeligen Beinen stand, fand die Veranstaltung allein aufgrund von Zeitproblemen ein derart unrühmliches Ende.

Unter dem Motto „Hol dir dein Leben zurück“ reisten aus allen Bundesländern insgesamt 250 Delegierte nach Berlin. Sie waren zuvor unter der Beteiligung von fast 1.000 jungen Menschen bis 35 Jahren auf Gesamtmitgliederversammlungen der Landesverbände gewählt worden. Sachsen-Anhalt entsandte 13 Delegierte.

Formal handelte es sich um eine Delegiertenkonferenz des bisher durch den Parteivorstand der Linkspartei anerkannten Jugendverbandes [‘solid]. Politisch sollte jedoch eine Neugründung des Jugendverbandes der Partei stattfinden. Deshalb fanden sich neben Mitgliedern von [‘solid] auch solche von WASG und Linkspartei unter den Delegierten.

Parteijugend? Parteinah? Oder was?

Der zentrale Streitpunkt des Gründungskongresses war ein jugendpolitischer „Evergreen“ der Parteijugendlichen: Welches Verhältnis haben Partei und Jugendverband strukturell und politisch zu einander?

Ein Teil der jungen Menschen im Umfeld der Linkspartei hat einen sehr starken Bezug zu ihr. Ein anderer Teil fühlt sich gar so ungebunden, dass sie nur eine Bündnispartnerin unter vielen ist. Dies ist vor allem deshalb ein verwunderliches Phänomen, als dass sich der politische Alltag dieser Gruppen oftmals ähnelt. Bereits in Verhandlungen vor dem Gründungskon-

gress konnte hinsichtlich der organisatorischen Verknüpfung ein Kompromiss erzielt werden. Dem entsprechend wird in der Satzung der neuen LINKEN geregelt sein, dass der Jugendverband zwar ein eigenständiger Verein ist. In diesem sind jedoch alle jungen Mitglieder der LINKEN automatisch passive Mitglieder, falls sie dem nicht widersprechen. Durch Beteiligung an der politischen Arbeit des Jugendverbandes erstarkt die passive Mitgliedschaft zu einer aktiven mit vollen Mitgliedsrechten. Um die Frage, unter welchen Voraussetzungen eine Aktivierung erfolgt, wurde jedoch noch bis kurz vor dem Gründungskongress gestritten. Schlussendlich konnte sich darauf geeinigt werden, dass jedes junge Parteimitglied unter 35, welches länger als vier Wochen Mitglied der Partei ist, durch schriftliche Anzeige mit sofortiger Wirkung die Aktivierung herbeiführen kann. Die engste Verknüpfung in der Satzung zwischen Jugendverband und Partei ist jedoch nichts wert, wenn sie politisch nicht getragen wird. Deshalb entbrannte noch vor der Satzungsdebatte ein hitziger Streit um das Programm des neuen Jugendverbandes. Vorweg: Zu einer Endabstimmung über das Programm ist es aus Zeitgründen nicht gekommen. Die entscheidende Passage – die Verortung des Jugendverbandes zur Partei – ist allerdings debattiert worden. Hier waren zwei Absätze alternativ beantragt worden. Die Mehrheit der Delegierten, diese war bisher bei [‘solid] politisch aktiv, entschied sich für eine Formulierung mit keinem klaren Parteibezug. Erst durch die Ergänzung des Satzes „Der parteinahe Jugendverband ist die Jugendorganisation der LINKEN und wirkt als Interessensvertretung junger Menschen in die Partei.“ konnten die Bedürfnisse der anwesenden jungen Parteimitglieder etwas befriedigt werden.

Die Delegierten muteten sich mit diesem Gründungskongress einiges zu. Es wurde nicht nur an beiden Tagen bis spät in die Nacht getagt, auch der Umgangston war oftmals rüde und wenig einladend. Grund dafür war sicherlich neben einer sich

unterscheidenden politischen Kultur die strukturelle Mehrheit der Delegierten, die bisher bei [‘solid] aktiv waren. Nach dem Prinzip Mehrheit = Mehrheit wurden den Interessen der Minderheit von WASG und den Jungen Linken, die in der Vergangenheit stärker an die Partei angebunden tätig waren, regelmäßig ignoriert. So ließ sich etwa Sascha Wagener für den Jugendpolitischen Sprecher der neuen LINKEN nominieren, ohne dass wenigstens eine Nachfrage zu seiner Person zugelassen wurde. Auch führte die Forderung der Minderheit, dem Beispiel der Parteien zu folgen und den ersten BundessprecherInnenrat nach Quellstrukturen quotiert zu besetzen, zu Auseinandersetzungen. Schlussendlich wurde eine Übergangsregelung in die Satzung aufgenommen, wonach der BundessprecherInnenrat aus sechs VertreterInnen von [‘solid] und jeweils vier von WASG und Junge Linke zu bestehen hat.

Bei diesen harten Auseinandersetzungen verwunderte es nicht, dass die Satzung des damit neu gegründeten Jugendverbandes mit nur drei Stimmen mehr als benötigt angenommen wurde. Manche eine wird sich auf dem Kongress gedacht haben: „Hört auf über Formalien zu streiten – fangt an politisch zu wirken!“ Recht hat sie! Die schwierige Aufgabe, die sich nun stellt, ist es eine gemeinsame politische Kultur, eine gemeinsame politische Sprache zu entwickeln. Denn inhaltliche Differenzen wird es immer geben, sie mit Gehalt und nachvollziehbar auszutragen, ist die Herausforderung. Mit den Erfahrungen der letzten Jahre, in denen es im Jugendbereich viele kräftezerrende Parallelitäten gab, und der Regelung in der Satzung der neuen LINKEN sind aber die besten Voraussetzungen für einen starken Jugendverband der LINKEN gegeben.

Lena Kreck ist Juristin und absolviert zur Zeit ein Aufbaustudium an der Martin-Luther-Universität in Halle (Saale).

Schäubles Salamitaktik

■ Nach dem Deutschen Herbst im Jahr 1977 und der Einführung von Sonderrechtssystemen für Migranten und Flüchtlinge Anfang der 90er Jahre haben wir es seit dem Jahr 2001 mit einer dritten großen Welle der Angriffe auf Grund- und Bürgerrechte zu tun, die unter dem Deckmantel des so genannten Kampfes gegen den Terrorismus forciert wird. Es wird überwacht, gerastert und gespeichert. Wesentliches Angriffsziel staatlicher Überwachung ist die Kommunikation der Bürger. Mit der Vorratsdatenspeicherung zum Beispiel wollen Schäubles Behörden in Erfahrung bringen, wer wann mit wem wie lange telefoniert, wer wen versucht anzurufen, wer von welchem Ort aus sein Handy benutzt und wer sich wann wie lange und auf welchen Seiten im Internet aufhält.

Ausweisdokumente werden mit biometrischen Merkmalen aufgerüstet, die in Zentraldateien gespeichert werden. Damit ist eine Bürgerzentraldatei praktisch eingeführt. Im Zusammenhang mit den technischen Möglichkeiten der Gesichtserkennung bei bestehender ausufernder Videoüberwachung ergeben sich mit den gespeicherten biometrischen Bilddaten ungeahnte Möglichkeiten der Überwachung und Bewegungsverfolgung der Bürger.

Gleichzeitig hebt die Einführung der Anti-Terror-Datei die Trennung von Polizei und Geheimdiensten auf. Die Polizei greift für Vollzugsmaßnahmen auf Daten zu, die von Geheimdiensten gesammelt wurden. Anders als die Polizei sind die Geheimdienste jedoch nicht an die Restriktionen der Strafprozessordnung gebunden, die auch ein Schutz Unschuldiger vor staatlichen Übergriffen sind.

Schäubles wendet eine sicherheitspolitische Salamitaktik an. Ein Beispiel: Bei der Einführung des Mautsystems wurde versprochen, die Mautdaten ausschließlich zur Abrechnung zu verwenden. Als auf einem Autobahnparkplatz ein Mord geschah, wurden schnell Rufe laut, die Daten des Mautsystems zur Ermittlung des Täters zu verwenden. Entsprechend läuft derzeit die Debatte.

In der Zusammenschau ergeben diese Maßnahmen ein Bild, das eine Änderung

der Arbeit der Sicherheitsbehörden verdeutlicht. Es ist nicht länger das Ziel, geschehene Verbrechen aufzuklären. Es geht darum, mögliche Täter aus der Menge ausfindig zu machen und zu stellen, bevor sich ein Verbrechen ereignet hat. Der Rechtsstaat wird zu einem präventiven Sicherheitsstaat umgebaut. Dazu muss der Staat seine Bürger rund um die Uhr überwachen und jede denkbare Information sammeln und auswerten.

Die Folgen sind gravierend: Es entsteht ein Überwachungsdruck, der die Gesellschaft verändert, weil Menschen, die unter einem solchen Druck stehen, dazu neigen, sich normkonform zu verhalten, ohne dass hinreichend geklärt ist, wie genau die Norm aussieht. Damit ist der präventive Überwachungsstaat eine Gefahr für die Freiheit, weil der Einzelne wie die Gruppe ihr Leben auch dann nicht mehr frei ohne staatliche Eingriffe und Kontrolle gestalten kann, wenn sie sich im Rahmen der Rechtsordnung bewegen. Der präventive Sicherheitsstaat unterscheidet nicht mehr zwischen schuldig und unschuldig, sondern sieht seine Bürgerinnen und Bürger ausschließlich als potenzielle Gefährdungsträger. Der präventive Sicherheitsstaat muss somit zwangsläufig Demokratie und Freiheit einschränken und zumindest für Teilsysteme beseitigen. Seinem vermeintlichen Ziel, die Demokratie vor ihren Feinden zu schützen, kann er nicht gerecht werden, denn der präventive Sicherheitsstaat ist selbst ein Feind der Demokratie.

Für die Menschen verschärft sich die Situation der Erosion von Grundrechten umso mehr, je prekärer ihre sozialen Lebensverhältnisse sind. Für einen Hartz-IV-Empfänger haben schon heute selbstverständliche Grundrechte keine Gültigkeit mehr, weil er per Antragsformular seine gesamten sozialen, gesundheitlichen, finanziellen und persönlichen Lebensumstände offenbaren muss, um überhaupt in den Genuss von Leistungen zu kommen. Die Unantastbarkeit der Wohnung ist für diesen Personenkreis eingeschränkt, weil die Behörden mit jederzeitigen Hausbesuchen drohen, um eine weitere Ausforschung der Lebensumstände vorzu-

nehmen. Wie andere Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge auch hat die Sicherheit in den letzten Jahren einen Privatisierungsschub erlebt. Wer Geld hat, kann sich Sicherheit leisten. Wer den Nachteilen eines sozialen Brennpunktes entgegen will, zieht weg. Wer ausreichend Mittel zur Verfügung hat, wird nie Opfer der Grundrechtsdefizite der Sozialgesetze werden. Wem die nächtlichen U-Bahnhöfe zu riskant sind, kann das Auto nehmen. Wer sich noch nicht sicher genug fühlt, beauftragt einen privaten Sicherheitsdienst. In den strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands und den ehemaligen Industrieburgen des Westens entwickelt sich neben dem ohnehin bestehenden sozialen Gefälle nun auch noch ein Grundrechtsgefälle.

Linke Sicherheitspolitik heißt, diesem Sicherheitsdarwinismus Konzepte entgegenzustellen, die Sicherheit auch für gesellschaftliche Schichten garantieren, die sich in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen befinden. Innenpolitische Maßnahmen sind daraufhin zu untersuchen, inwieweit Sicherheitsbehörden, allen voran die Polizei, ihre knappen technischen und personellen Ressourcen zu sehr spezialisiert und zu wenig an den Bedürfnissen der öffentlichen Sicherheit für Bürger ausgerichtet haben.

Der öffentliche Raum darf nicht flächendeckend (video-)überwacht werden, Bildanalyseverfahren dürfen nicht im öffentlichen Raum auf Vorrat eingesetzt werden. Grundsätzlich müssen für bestimmte Bereiche der Öffentlichkeit technische Lösungen und Kontrollen zurückgefahren werden und „menschliche Alternativen“ gesucht werden. So können Angsträume mit städtebaulichen Maßnahmen aufgelöst, Fahrkartenautomaten können durch Personal in den Zügen und auf den Bahnsteigen ersetzt werden. Noch wichtiger ist es aber, dass sich endlich wieder eine breite Bürgerrechtsbewegung dagegen zur Wehr setzt, dass die Rambos von Union und SPD die Grund- und Bürgerrechte häppchenweise ausverkaufen.



Jan Korte gehört der Fraktion DIE LINKE an und ist Mitglied im Innenausschuss des 16. Deutschen Bundestages.

Gesetzlicher Mindestlohn ohne Alternativen

■ Die aktuelle Lage

Knapp sieben Millionen Beschäftigte arbeiten in Deutschland mittlerweile für einen Niedriglohn, der weniger als zwei Drittel der mittleren Lohnhöhe beträgt. Das sind 9,80 Euro je Stunde im Westen und 7,20 Euro je Stunde im Osten. Fast die Hälfte davon sind Vollzeitbeschäftigte. Kein Wunder, dass vor diesem Hintergrund immer mehr Menschen arm trotz Arbeit sind. Angesichts der nach wie vor bestehenden Massenarbeitslosigkeit und der hiermit eng verbundenen Erosion der Tariflandschaft sowie des gewerkschaftlichen Organisationsgrades waren die Gewerkschaften in vielen Branchen zu schwach, um diese Entwicklung zu stoppen. In der öffentlichen wirtschaftspolitischen Diskussion werden daher die Stimmen immer lauter, die die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns (GML) auch in Deutschland fordern. Zwei Drittel der Bevölkerung unterstützt mittlerweile die Forderung nach einem GML. Statt endlich politisch zu handeln wird von Seiten der Koalition auf angebliche „Alternativen“ zum GML verwiesen. Tatsächlich handelt es sich jedoch um ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver.

„Grenze der Sittenwidrigkeit“

Nach §138 BGB sind Rechtsgeschäfte nichtig, die „gegen die guten Sitten“ verstoßen. Dies ist nach laufender Rechtsprechung dann der Fall ist, wenn Löhne ca. 30 Prozent unter dem „ortsüblichem Durchschnittslohn“ liegen. Allerdings müssen dies im Einzelfall die Beschäftigten einklagen. Sie tragen das Prozess- und Kostenrisiko. Selbst wenn sie vor Gericht obsiegen, würde bei weitem keine Bezahlung in Höhe des geforderten Mindestlohns von 7,50 Euro herauskommen. Der ortsübliche Durchschnittslohn hängt maßgeblich von den gezahlten untersten Tarifvergütungen ab. Die liegen jedoch in weiten Bereichen bereits weit unter der Mindestlohnforderung von 7,50 Euro. Zieht man dann noch die vom Gericht geforderten 30 Prozent ab, kommt man auf Stundenlöhne von 2,14 Euro im Friseurhandwerk in Sachsen oder auf 5,20 Euro im Gartenbau im Westen. Insofern ist die

Grenze der Sittenwidrigkeit nicht annähernd ein Ersatz für den gesetzlichen Mindestlohn.

Allgemeinverbindlichkeitserklärungen

Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) eines Tarifvertrags bewirkt, dass er auch für alle bisher nicht tarifgebundenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindlich wird (§ 5 Tarifvertragsgesetz). Auf Antrag einer Tarifvertragspartei kann der Arbeitsminister einen Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklären. Dies aber nur dann, wenn die tarifgebundenen Arbeitgeber mindestens 50% der unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages fallenden Arbeitnehmer beschäftigen.

Hier wird bereits klar, dass das Problem zu niedriger Löhne durch die Ausweitung der AVE nicht gelöst werden kann. Vor allem in den neuen Bundesländern, die besonders von Niedrigstlöhnen betroffen sind, gibt es kaum flächendeckende Tarifstrukturen. Insofern bestehen oftmals gar nicht die notwendigen Grundlagen für die Anwendung von AVE. Selbst dort, wo Tarifstrukturen existieren, sind Minimalstandards oftmals nicht eingehalten. Insofern sind AVE keine Alternative, sondern eine notwendige Ergänzung zum gesetzlichen Mindestlohn.

Ausweitung des Entsendegesetzes

Die Grundidee ist, die für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge auf die von ausländischen Unternehmen nach Deutschland entsandten Arbeitnehmer anzuwenden. Dieses Gesetz verpflichtet im wesentlichen Arbeitgeber, egal ob der Sitz des Unternehmens im In- oder Ausland ist, tarifvertraglich geregelte Arbeitsbedingungen einzuhalten. Voraussetzung für die Anwendung des Entsendegesetzes ist aber ebenfalls, dass nicht nur Tarifvertragsstrukturen vorhanden sind, sondern sie auch inhaltlich Mindestniveaus nicht unterschreiten. Insofern bestehen wie bei der AVE oftmals gar nicht die notwendigen Grundlagen und Standards für die Anwendung des Entsendegesetzes. Mit Blick auf die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie ist das Entsendegesetz sogar ein unverzichtbares Instrument um zu

verhindern, dass ein europaweiter Dumpingwettbewerb bei Löhnen und sozialen Standards in Gang kommt. Insofern gilt auch für die Ausweitung des Entsendegesetzes, dass es nicht an Stelle, sondern zusätzlich zum gesetzlichen Mindestlohn benötigt wird.

Kombilohn

Die Vertreter von Kombi-Löhnen haben sich damit abgefunden, dass Unternehmen immer öfter keine existenzsichernden Löhne mehr zahlen. Manche Ökonomen gehen sogar davon aus, dass die Löhne noch weiter fallen müssen, damit Arbeitslose wieder beschäftigt werden. Die Differenz soll der Staat – also die Allgemeinheit – zahlen. Damit wird aber das gesamte Lohngefüge weiter unter Druck gesetzt. Auch weil Unternehmen Beschäftigte zunehmend durch für sie besonders billige Kombi-Löhner ersetzen. Hierdurch wird nicht nur die Spirale nach unten weiter in Gang gesetzt („Drehtüreffekt“). Breit angelegte Kombilöhne sind auch enorm teuer. Letztlich subventionieren sie immer mehr private Unternehmen und Gewinne. Zudem wirkt bereits heute Hartz IV wie ein Kombi-Lohn: Arbeitslose sind gezwungen praktisch jeden Job zu jedem Lohn anzunehmen. Damit es dennoch irgendwie zum Leben reicht, gibt es ergänzendes ALG II. Rund 1,1 Millionen Beschäftigte („Aufstocker“) erhalten bereits diesen Kombi-Lohn. Kombilohn ist also nicht die Lösung, sondern eher das Problem. Sinnvoll ist er nur zeitlich begrenzt und für klar definierte Zielgruppen. Er ist jedenfalls alles andere als eine Alternative zum gesetzlichen Mindestlohn.

Fazit

Schaut man sich die angeblichen Alternativen an, stellt man schnell fest, dass es sich entweder um notwendige Ergänzungen zum GML oder um untaugliche Ablenkungsmanöver handelt. Zum GML gibt es keine Alternativen.

Dr. Norbert Reuter und **Michael Schlecht** sind aktiv im Bereich Wirtschaftspolitik des Bundesvorstandes von ver.di.

Sein oder nicht sein

■ Sachsen-Anhalts Theater und Orchester sind gesellschaftlich stark verankert, haben ein großes Publikum und strahlen mit ihren Aufführungen und Inszenierungen auch über das Land hinaus. Das gilt sowohl für die Bühnen in den größeren Städten des Landes, Magdeburg, Halle, Dessau, als auch für die so genannten „Theater in der Fläche“, die in Stendal, der Lutherstadt Eisleben und Halberstadt ansässig sind. Und auch eine kleine Bühne, wie das Puppentheater in Naumburg ist ein leistungsstarkes Theater, was auf eine fast 50-jährige Geschichte blicken kann. Als Botschafter des Kulturlandes Sachsen-Anhalts dürfen das Goethe-Theater in Bad Lauchstädt und die Klangkörper, wie die Staatskapelle Halle, die Mitteldeutsche Kammerphilharmonie Schönebeck und das Philharmonisches Kammerorchester Wernigerode hier nicht unerwähnt bleiben. Sie alle leisten enormes für Sachsen-Anhalt, darin sind sich zumeist auch Politiker aller demokratischen Parteien einig. Strittig wird es, wenn es um deren Finanzierung, konkret um die künftige Ausgestaltung der Theater- und Orchesterverträge geht.

Erst jüngst schockte das so genannte „Benchmark-Gutachten“ die Kunst- und Kulturszene im Lande, da es in seinen vergleichenden Untersuchungen suggerierte, Sachsen-Anhalt gäbe deutlich zu viel in der Kulturförderung und hier im Besonderen für die Theater und Orchester aus. Hier wurden jedoch häufig Äpfel mit Birnen verglichen, denn das Kulturland Sachsen-Anhalt lässt sich mit seiner Dichte an historischen Kulturstätten, u.a. vier UNESCO-Welterbestätten, wahrlich nur schwer mit Ländern wie Schleswig-Holstein vergleichen, ohne den Norddeutschen zu Nahe treten zu wollen. Diese Einschätzung über das „Benchmark-Gutachten“, welches vom Wirtschaftsinstitut Halle erstellt wurde, teilen viele Kulturschaffende des Landes und ganz offenbar auch Sachsen-Anhalts Kultusminister Jan-Hendrik Olbertz. Auf der von der Landesregierung veranstalteten Theaterkonferenz am 30. Mai im Anhaltischen Theater Dessau, brachte der Minister genau das ebenso zum Ausdruck, wie auch, dass er



für einen höheren Stellenwert der Kultur in der Politik streiten will. „Die Botschaft hör’ ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“, ist man geneigt zu sagen, denn bereits die letzten Vertragsverhandlungen endeten mit einer zehnpromzentigen Kürzung bei den Bühnen und Orchestern. Dass bei den Einsparungen das Ende der berühmten Fahnenstange erreicht ist, wurde auch bei der Theaterkonferenz einmal mehr deutlich. Der Präsident des Deutschen Bühnenvereins, Klaus Zehelein, verdeutlichte dies in den Zahlenbeispielen, dass es seit der Wende bundesweit ca. 45 Theaterschließungen oder -zusammenlegungen gab. Auch in Sachsen-Anhalt wurde die Theaterlandschaft dünner, es gab Schließungen in Zeitz und Wittenberg ebenso, wie eine Absenkung der Beschäftigtenanzahl und Spartenschließungen an den Bühnen und Ensembles. Bundesweit sank die Anzahl der Beschäftigten bei den Theatern und Orchestern seit der Wende von 45.000 auf 38.000 Stellen. Die Knappheit der Mittel wird auch an der Tarifsituation an den Bühnen deutlich: Da nur einzelne künstlerische Solo-Verträge frei aushandelbar sind, verdient nicht selten der Hauptdarsteller weniger als der Pförtner. Die Linksfraktion im Landtag wird sich dieser Problematik verstärkt annehmen, sie fordert eine Landesbeteiligung an den Tarifaufwüchsen, damit diese auch wieder gezahlt werden können, oder besser gesagt, damit über-

haupt wieder Tariflohn ermöglicht wird. In Dessau rückte noch ein weiteres Problem in den Mittelpunkt der Konferenz. Nämlich, dass sich Kommunen, die nachweislich von der Existenz eines Ensemble-Theaters in einer unmittelbaren Nachbarstadt profitieren, immer mehr vor einer finanziellen Beteiligung scheuen. Es gelingt immer weniger, größere finanzielle Lasten auf möglichst breite Schultern zu verlagern. So drohte die Stadt Salzwedel schon mehrmals mit dem Ausstieg aus der Mitfinanzierung des Theaters Stendal. Dies bringt das Theater in arg bedrohliche Existenzängste, denn ohne die Mittel aus Salzwedel ist für Stendal das Theater wohl alleine nicht zu stemmen. Auch das Land wird in so einer Situation nicht einspringen, denn wenn es dies einmal tut, hätte dies eine unweigerliche Symbolkraft für andere Theaterträger. Aber eine Schließung des Theaterstandortes Stendal hätte für das Land dramatische Folgen, denn der gesamte Norden Sachsen-Anhalts oberhalb Magdeburgs wäre praktisch theaterfreies Gebiet. Man könne dann wohl kaum noch von einem dichten Theaternetz im Land sprechen und das Kulturland Sachsen-Anhalt bekäme zu Recht einen großen Makel.

Die Theaterkonferenz versuchte für die aufgeworfenen Probleme Lösungsansätze zu diskutieren. Die CDU-Fraktion kündigte hierfür ein Kulturgesetz an, zu dessen Inhalt aber nichts konkret gesagt, aber viel spekuliert wurde. In diesem Zusammenhang wurde auch die Überlegung laut, Kultur künftig als Pflichtaufgabe für die Kommunen zu definieren. Hier jedoch regt sich Widerstand z.B. vom Landkreis: Eine solche Regelung würde die Kommunen in keiner Weise aus ihrem finanziellen Dilemma befreien.

Dennoch bleibt auch für die Linksfraktion erstrebenswert, die Stellung der Kultur innerhalb der Gesellschaft zu erhöhen. Hierzu brachte die Landtagsfraktion im Juli vergangenen Jahres einen Antrag in das Parlament ein, der die Landesregierung aufforderte im Bundesrat den Vorschlag zu unterstützen, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern. Da sich auch Minister Olbertz in Dessau klar zur Kultur als Verfassungsrang bekannte, prüft die Fraktion, nun, das Anliegen, welches damals noch vom Minister und den Koalitionsfraktionen abgelehnt wurde, erneut zu thematisieren.

Stefan Gebhardt ist in der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Sachsen-Anhalt der Sprecher für Kultur- und Medienpolitik.

Links und frei

Die Idee von einer neuen, bundesweiten demokratischen Linkspartei in Deutschland wird in diesen Tagen Wirklichkeit – zwei Jahre nach dem großen Erfolg der damals noch virtuellen Partei bei den Bundestagswahlen 2005. Real war damals nur die Bundestagsfraktion DIE LINKE. Den 4,1 Millionen Wählerinnen und Wählern mag dies egal gewesen sein. Sie wollten eine neue Linkspartei – eine Partei, die im Osten aus der PDS hervorgegangen war und die im Westen durch Sozialdemokraten und Gewerkschafter geprägt wurde, die der SPD den Rücken gekehrt hatten.

■ Zuvor war die vor allem im Osten verwurzelte PDS noch mit allein zwei Frauen im Bundestag vertreten – Petra Pau und Gesine Löttsch. Die Wahlniederlage 2002 und der anschließende Geraer Parteitag hatten die PDS in ihrer tiefsten Krise sichtbar gemacht. Zu den damaligen Befunden gehörten die „Substanzarmut der Reformer“, das Scheitern nicht belastbarer innerparteilicher „Formelkompromisse“ und auch die Spaltung der seit Anfang der 90er Jahre dominierenden Reformer in zentralen strategischen Fragen. Die Erfahrungen jener Zeit hatte die PDS 2004 auf ihrem Potsdamer Parteitag in der Denkfigur des „strategischen Dreiecks“ gebündelt: Politik und Programmatik müssen demnach stets Widerstand und Protest gegen die herrschenden Verhältnisse einerseits, der Suche nach über die aktuellen Gegebenheiten hinausweisenden Alternativen andererseits und schließlich dem Anspruch auf Mit- und Umgestaltung bereits im Heute gerecht werden. Das Fundament – das war der demokratische Sozialismus, verstanden als transformatives Projekt, als Ziel, Bewegung und Wertesystem.

Nun prallte diese noch nicht konsolidierte Sicht auf die Erfahrungen und Bestrebungen jener, deren politischer Impuls sich vor allem aus dem Protest, dem Widerstand und der Enttäuschung über Schröders Agenda 2010, über die Hartz-Reformen, über die Bundeswehr-Einsätze im Ausland, über das Verfehlen sozialer Gerechtigkeit in Regierungsverantwortung speiste. 17 Jahre Erfahrung mit stets neu

bestandenen Zerreißproben in einer pluralistischen Linken trafen auf politische Sozialisation in top-down strukturierten Großorganisationen wie dem DGB, auf Prägungen aus der SPD von Willy Brandt und vor allem von Zuchtmeister Herbert Wehner. Neue Parteien haben, wenn sie lebensfähig sind, ein alles überrollendes Selbstbewusstsein. Es traf auf die sich gerade konsolidierende PDS – und drohte, manche mühsam gewonnenen Balancen durcheinander zu bringen. Die durchaus konfliktferne PDS erlebte – gerade hier in Sachsen-Anhalt – ein für sie neues Maß an Härte, Unversöhnlichkeit und persönlicher Zuspitzung innerparteilicher Auseinandersetzungen.

„Abschied und Wiederkehr“ – so hatten alle ostdeutschen Linkspartei-PDS-Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzenden gemeinsam mit anderen AktivistInnen aus West und Ost im Sommer 2006 ein Papier überschrieben, mit dem sie deutlich machen wollten, dass sie sehr wohl Abschied von den Schwächen der alten PDS nehmen, allerdings auch deren positive Erfahrungen in die neue Linkspartei einbringen wollten: Das Bekenntnis zur Einheit von sozialen Menschenrechten und bürgerlichen Freiheitsrechten etwa. Die bewusste Ablehnung von Avantgarde-Anspruch und Wahrheitsmonopol einer linken Partei. Den gelebten innerparteilichen Pluralismus. Die Wahrung der Entscheidungshoheit der unterschiedlichen politischen Ebenen in der Partei. Die offene und faire Abwägung aller Positionen, die in einer Volkspartei zur Geltung gebracht werden,

nach dem Maßstab einer sozial gerechten und libertären linken Politik. Alternativen, in denen sich große Träume und hohe Ziele finden, und die dennoch von den politischen Realitäten ausgehen. Teile der Öffentlichkeit hofften, Teile der Parteien fürchteten, die damit verbundenen Auseinandersetzungen würden die neue LINKE lähmen oder gar platzen lassen. So ist es nicht gekommen. Gemeinsam stritten und streiten Bundestagsfraktion, Linkspartei, PDS und WASG für gesetzliche Mindestlöhne. Gegen den Irak-Krieg, gegen den Militäreinsatz in Afghanistan. Schließlich sogar für eine sozial gerechte Politik im Land Berlin unter Regierungsbeteiligung der Linkspartei. Mittlerweile hat die neue LINKE ihre erste Parlamentsfraktion auch in einem westdeutschen Bundesland.

Michael Schumann sah 1989 auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED-PDS die „in die Zukunft weisenden Konsequenzen“ aus dem Vergangenen u.a. „in einem neuen, kritischen Umgang ..., der frei ist von Apologetik, Schönfärberei, einem Umgang, der nichts aus dieser Geschichte ausspart.“ Er zählte dazu „die Trennung von Partei und Staat, die Wählbarkeit von unten nach oben, die Anerkennung unterschiedlicher Meinungen, auch innerhalb der Partei, und ihre Reflexion in den Medien und viele andere demokratische Sicherungen mehr.“ Hier treffen sich die Lehren der PDS mit dem Ethos eines großen Sozialdemokraten. „Links und frei“ – das war der Wahlspruch von Willy Brandt. Am 23. Dezember 1947 ließ er den damaligen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher wissen: „Ich stehe zu den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus im Allgemeinen und zur Politik der deutschen Sozialdemokratie im Besonderen. Ich behalte mir vor, mir über neu auftretende Fragen selbst den Kopf zu zerbrechen. Und ich werde nie im voraus Ja sagen zu jeder Einzel Formulierung, auch wenn sie vom ersten Mann der Partei geprägt wird.“

Die neue LINKE ist nun da. Sie wird leben, weil sie realistisch auf den Punkt bringt, was große Mehrheiten im Land denken, fühlen und wollen. Sie wird leben, weil sie auf ihren Erfahrungen in Ost und West gründet. Und weil sie ihre Stärke aus der Stärke ihrer Mitglieder bezieht.



Dr. Thomas Falkner
ist Journalist und strategischer Berater der LINKEN.

Odo von Aktenrath Abgeordneter

Mein lieber, verehrter Freund,

Missliches wie Freudiges liegen oftmals dicht beieinander. Nehmen wir doch nur das beharrlich wiederkehrende Ritual zur Festlegung der Abgeordnetenentschädigung, landläufig auch als „Diäten“ bekannt. Da setzt dann wieder und wieder lautes Wehklagen an, wie schwer wir Abgeordneten es hätten, müssten wir doch unsere Einkünfte selbst bestimmen. Was für ein albernes Geschwätz da nur immer wieder aufwallt. Dabei kann uns die Sache nun einmal niemand abnehmen. Die Legislative, das Parlament also, ist dazu geschaffen, Gesetze zu verabschieden. Und dass die Verhältnisse der Abgeordneten in einem Gesetz geregelt sind, will mir nur vernünftig erscheinen, alles andere könnt ihre Unabhängigkeit noch heftiger beschneiden, als dies hin und wieder den Anschein hat. Die repräsentative Demokratie ist nicht zu überlisten, und ich hoffe nur, keiner will sie abschaffen. Dann was käme dann?

Was nun die vom Herrn Präsidenten respektive der sogenannten unabhängigen Diätenkommission vorgeschlagene Erhöhung anbelangt, so war es schon interessant, dass keiner sie im Hohen Hause als maßlos oder unangemessen bezeichnet hat, selbst die Linken nicht. Damit sind die natürlich in einer echten Zwickmühle – wer immer wieder gegen vermeintlichen Sozialabbau zu Felde zieht, kann ja schlecht einer Erhöhung der eigenen Bezüge zustimmen. Es hat den Anschein, sie würden dies auch nicht tun – und da sage noch einer, es gebe keine Moral mehr in der Politik!

Da sind unsere liberalen Freunde doch aus anderem Holz geschnitzt. Schluss mit klein-klein, so sagen sie. Legen wir alles in einen Topf, der dann komplett zu versteuern ist, und schon sind wir aller Probleme ledig. Oh Herr, wo leben diese Menschen nur? Wir reden hier über ein paar Hundert Euro, sie dagegen von dreistelligen Beträgen. Wie man dies öffentlich vermitteln soll, ist offenbar nicht ihr Problem. Das kann auch schon so sein, macht sie aber damit wahrlich nicht politikfähiger.

Überhaupt, hin und wieder kommen mir unsere liberalen Freunde etwas unirdisch vor. Hatten sie doch unlängst einen Parteitag in Stuttgart, der mir schon seltsam erscheinen will. Was mag sie nur geritten haben, sich in solch' grober Weise auf die Linken einzuschließen? Ein kleiner

Blick zurück wäre da vielleicht hilfreich gewesen. Eine Rote-Socken-Kampagne wurde schon ebenso zelebriert, wie die Losung „Freiheit statt Sozialismus“. Über die Roten Socken haben sich die Linken vor Freude auf die Schenkel geklopft, einen solch' wundervollen Wahlkampf hätten die alleine nie hinbekommen! Und das soll jetzt wieder ausgegraben werden? Da kann ich wahrlich nur viel Freunde wünschen.

Die Liberalen wiederholen einen elementaren Fehler, dessen Folgen andere schon leidvoll durchlitten haben: Es macht schlicht keinen Sinn, sich selbst aus dem Gegensatz zu anderen definieren zu wollen. Dass sie sich da nun auch noch die Linken als Gegenpol auserkoren haben, macht die Sache ja eher noch pikant. Die werden damit noch aufgewertet, was mir als Ziel so erstrebenswert nicht erscheinen will. Natürlich begreife ich, dass die Liberalen im Kern gegen eine vermeintliche Sozialdemokratisierung der Union zu Felde ziehen, ebenso gegen einen vermeintlichen Linksruck der Sozialdemokraten. Abgesehen davon, dass ich dies für Unsinn halte, fällt mir nur noch das schöne spanische Sprichwort „Man schlägt den Sack und meint den Esel!“ ein. Ob das unsere liberalen Freunde voranbringen wird?

Ja, Verehrtester, ich bin etwas abgeschweift, allein – in unserem schönen kleinen Lande geht es politisch derzeit recht beschaulich zu. Gerade einmal ein Jahr währt die Legislaturperiode, da hatte ich das so noch gar nicht erwartet. Zwar gibt es immer einmal etwas Grummeln aus den Koalitionsfraktionen heraus, aber die Landesregierung lässt sich davon wenig beeindrucken, den Anschein jedenfalls hat es für mich. Ich kann und will nur hoffen, dass sich die Wahlenthaltbarkeit der Bevölkerung nicht zu einer wachsenden Politikenthaltbarkeit des Hohen Hauses und der Regierung auswächst. Das würde wohl nicht ohne tiefgreifende Folgen bleiben. Gar vieles hier wäre veränderungswürdig, doch der Mut scheint mir die Entscheidungsträger hier etwas verlassen zu haben.

Sie spüren es, mein Freund, ich bin im Moment ein wenig ratlos, aber der starke Atem der Veränderung, des Vorwärtsschreitens durchweht unsere heiligen Hallen derzeit nun wirklich nicht.

So hoffe ich, bald wieder Lebendigeres vermelden zu können!

**In freundlicher Verbundenheit
Ihr v. Aktenrath**

Termine

**Cuba Straßenmeile
am 27. Juli 2007,
ab 16.00 Uhr,
in der Leiterstraße in Magdeburg.**

Am 26. Juli 1953 stürmte die Rebellenarmee um Fidel Castro Ruz die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba. Damit begann vor 54 Jahren der Sturz des Regimes von Batista und die damals verheißungsvolle Vision einer sozialistischen Befreiung in Lateinamerika.

Der Al-So e.V. aus Magdeburg begeht diesen Tag mit einem Straßenfest in der Leiterstraße in Magdeburgs Innenstadt. Ab 16.00 Uhr gibt es Informationen rund um die Stände von Cuba si, Ecomujer und KarEn, sowie eine kulturelle und kulinarische Umrahmung mit cubanischer Musik und entsprechenden Speisen und Getränken.

Bildnachweis

Joachim Spaeth (4,5)
Jan Korte (11)
Fotolia.de – Danuta Kania (13)

www.die-linke.de

DIE LINKE.

**TERMINE DES LANDESVERBANDES
SACHSEN-ANHALT ZUR GRÜNDUNG
DER LINKEN**

30. Juni 2007

Halle – Stadtparteitag in Halle zur Gründung des Stadtverbandes DIE LINKE. Halle, 10 Uhr, „Kulturtreff“ Halle-Neustadt, Am Stadion 5

07. Juli 2007

Kreisparteitage bzw. Gesamtmitgliederversammlungen zur Gründung der Kreisverbände DIE LINKE:

Salzwedel – Gesamtmitgliederversammlung, 9 bis 13 Uhr, Jeggeleben, Gaststätte „Feine Sache“

Stendal – Gesamtmitgliederversammlung, 9 Uhr, Stendal, Landratsamt

Wittenberg – Gesamtmitgliederversammlung, 10 Uhr, Wittenberg, „Pieseritzer Hof“

Mansfeld-Südharz – Gesamtmitgliederversammlung, 9.30 Uhr, Sangerhausen, „Herrenkrug“

Börde – Gesamtmitgliederversammlung, 9.30 Uhr, Wanzleben, Ländliches Bildungszentrum, Bucherweg

Salzland – Kreisdelegiertenkonferenz, 10 Uhr, Aschersleben, Bestehornhaus

Saalekreis – Kreisparteitag, 10 Uhr, Braunsbedra, Sportgaststätte, Am Stadion 2

Burgenland – Kreisdelegiertenkonferenz, 9.30 Uhr, Hohenmölsen, Bürgerhaus, Dr.-Walter-Friedrich-Straße 2

14. Juli 2007

Magdeburg – Gesamtmitgliederversammlung zur Gründung des Stadtverbandes DIE LINKE. Magdeburg, 9 Uhr, Lehrgebäude 50 der Otto-von-Guericke-

Universität, Große Steinernetischstraße
Harz – Kreisparteitag zur Gründung des Kreisverbandes DIE LINKE. Harz, 9.30 Uhr, Blankenburg, „Vogelherd“

19. Juli 2007

Jerichower Land – Gesamtmitgliederversammlung zur Gründung des Kreisverbandes DIE LINKE. Jerichower Land, Burg, Gaststätte „Waldhalle“, Beginn 17 Uhr

21. Juli 2007

Anhalt-Bitterfeld – Gründung des Kreisverbandes DIE LINKE. Anhalt-Bitterfeld, 9.30 Uhr, Köthen, Hotel „Stadt Köthen“

Dessau-Roßlau – Stadtparteitag zur Gründung DIE LINKE. Dessau-Roßlau, 9 Uhr, Dessau, Kornhaus

14./15./16. September 2007

Landesparteitag – Gründung **DIE LINKE. Sachsen-Anhalt** in Magdeburg, Büro- und Tagungscenter, Rogätzer Straße 8

Die Entwürfe der **Gründungsdokumente** (Landessatzung, Landesfinanzordnung, Landesschiedsordnung, Ordnung für die Tätigkeit der Finanzrevisionskommissionen, Wahlordnung) des Landesverbandes DIE LINKE. Sachsen-Anhalt liegen seit Anfang Juni 2007 in den Kreisen und der Landesgeschäftsstelle vor.

Die Materialien sind erhältlich in der Landesgeschäftsstelle der LINKEN: Ebendorfer Straße 3 39108 Magdeburg
Telefon: 0391 732 4840 oder Mail: lgst@dielinke-lsa.de.

Ab 3. August 2007 (Antragschluss) sind die Dokumente online unter:

www.dielinke-lsa.de